



## **Statement**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

20. Januar 2025

**Yasmin Fahimi**  
DGB-Vorsitzende

### **Statement zur Jahrespressekonferenz 2025**

Berlin, 20. Januar 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserer diesjährigen Jahrespressekonferenz 2025.

Heute erleben wir einen weiteren Wendepunkt in der politischen Weltlage: Donald Trump tritt erneut sein Amt als US-Präsident an. Damit stehen Deutschland und Europa vor großen Herausforderungen. Schon in seiner ersten Amtszeit hat er bewiesen, dass er auf Konfrontation statt Kooperation setzt. Nun drohen neue Strafzölle und eine weitere Schwächung der transatlantischen Beziehungen. Europa muss sich auf eine härtere, unberechenbare Handelspolitik einstellen.

Doch Trumps Wiederwahl ist mehr als nur ein wirtschaftliches Problem – sie ist Teil einer globalen Gefahr. Der Rechtspopulismus erstarbt, nicht nur in den USA, sondern auch in Europa und Deutschland. Damit gewinnen nationalistische und radikalkapitalistische Kräfte an Einfluss. Demokratische Werte geraten unter Druck, Spaltung wird zum politischen Prinzip.

Deshalb dürfen wir nicht abwarten. Wir brauchen ein starkes, geeintes Europa, das für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft eintritt. Unsere Antwort auf Trumps „America First“ kann nur ein „Europe United“ sein.

Und als Gewerkschaften wollen und werden wir nicht tatenlos zusehen. Gerade jetzt müssen wir als Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen! Deshalb setzen wir mit dem breiten Bündnis „Zusammen für Demokratie“ ein klares Zeichen: Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und viele weitere Akteure zeigen bundesweit Flagge für Gerechtigkeit, Vielfalt und Respekt. Der DGB ist Teil dieses Bündnisses, denn wir wissen: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit sind das Fundament einer starken Demokratie. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie braucht unser aller Engagement.

Meine Damen und Herren,

Es wird Sie nicht überraschen, dass wir Gewerkschaften mit Sorge auf 2025 blicken. Die wirtschaftliche Krise droht in diesem Jahr sich weiter zu verfestigen, wenn nicht schnell gegengesteuert wird. Eine toxische Mischung aus Managementfehlern, Konjunkturschwäche und strukturellen Defiziten hat bereits viele gute Arbeitsplätze gekostet, und andere geraten zunehmend unter Druck. Der Kampf um Arbeitsplätze und der unmittelbare Schutz der Beschäftigten stehen für unsere Betriebsräte und ihre Gewerkschaften an erster Stelle.

Gleichzeitig werden im Schatten dieser Krise der Sozialstaat und soziale Standards unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sehr grundsätzlich infrage gestellt. Und ich sage: nicht immer aus der Sorge um wirtschaftliche Perspektiven, sondern weil politisch motivierte Stimmen, die nie ihren Frieden mit dem Sozialstaat gemacht haben, meinen, im Windschatten der Krise unliebsame Rechte abbauen zu können.

Da hört man: Die Beschäftigten in Deutschland würden nicht lange genug arbeiten. Sie hätten überzogene Erwartungen an die Bezahlung. Und zu alledem würden sie auch noch ständig blau machen. Wer so argumentiert, macht die Beschäftigten zu Verursachern der Krise, und genau das ist offensichtlich auch die Absicht.

Das geht einher mit der ideologischen Überhöhung der Schuldenbremse, als wäre sie Teil der deutschen Staatsräson. Alles zusammen zielt auf einen handlungsstarken Sozialstaat und das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft.

Und deshalb ist es auch weder eine zufällige Verirrung noch eine spleenige Milliardärs-Marotte, wenn Elon Musk Alice Weidel featured. Wir sind vielmehr mitten in einer sehr fundamentalen Auseinandersetzung um die Gestaltungsprinzipien in unseren Demokratien.

Das ist leider auch schon im Bundestagswahlkampf sehr spürbar. Denn wir brauchen in Deutschland Parteien, die für einen krisenfesten Sozialstaat sorgen, statt Scheindebatten zu führen und nach unten zu treten.

Das soziale Netz in unserem Land ist eine über Jahrzehnte von den Beschäftigten erkämpfte und enorm wertvolle Errungenschaft. Es ist gerade auch in Krisenzeiten ein entscheidender Faktor für soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Ein funktionierender Sozialstaat ist zudem das Rückgrat einer erfolgreichen demokratischen Gesellschaft. Er sorgt für den Zugang zu guter Bildung und einer guten Gesundheitsversorgung, für soziale Absicherung und ein würdevolles Leben im Alter.

Wer also unseren Sozialstaat mit einem Dauerfeuer von Unterstellungen diskreditiert, fördert Unsicherheit und Instabilität und gefährdet auch die wirtschaftliche Stärke des Landes. Deswegen sage ich in aller Klarheit für die deutsche Gewerkschaftsbewegung: Ein starker Sozialstaat und eine prosperierende Wirtschaft bedingen sich gegenseitig – sie sind nicht alternativ.

Nur wenn alle mitgenommen werden, bleiben allen Folgeschäden erspart. Und in der Lebensrealität sind es nicht die Sozialversicherungsbeiträge, die über „mehr netto vom brutto“ entscheiden, sondern die Entlastung bei Mieten, Energiepreisen oder bei der kalten Progression.

Ein funktionierender Sozialstaat begrenzt Ungerechtigkeiten und schafft Chancen. Die familiäre Sorgearbeit muss sehr konkret durch Investitionen in die soziale Infrastruktur unterstützt werden: 400.000 KiTa-Plätze, mehr ambulante Pflege, psychosoziale Dienste und Sprachförderung sowie flächendeckende Ganztagschulen fehlen. Das ist seit vielen Jahren eine Fehlentwicklung, die mehr und bessere Beschäftigung ausbremst – gerade auch für Frauen. Und es ist klar: diese Fehlentwicklung ist nur durch mehr Beschäftigte in diesen Bereichen umzudrehen.

Und klar ist auch: gerade eine alternde Gesellschaft muss sich auf die Stabilität der Alterssicherung verlassen können. Zumal wir wissen: Mehr Beschäftigte, also mehr Beitragszahler, stabilisieren das System nachhaltig. Deswegen müssen sozialversicherungsfreie Mini-Jobs endlich abgeschafft werden, die ohnehin nur eine Beschäftigungsbegrenzung von Frauen sind.

Wir brauchen endlich eine Rentenversicherung, in die auch Selbständige einzahlen. Damit würden wir ohne weiteres die sogenannte „Baby-Boomer-Welle“ der kommenden Jahre gut überbrücken. Unser Vorschlag bei der Rente ist pragmatisch, effizient und schnell umsetzbar. Genau in dieser Logik wünsche ich mir einen Vorschlag der nächsten Bundesregierung.

Meine Damen und Herren,

die Vorstellung, wir könnten uns aus der akuten Krise heraussparen, ist absurd. Sparen in Zeiten struktureller Schwächen ist die wesentlich in Kauf genommene Demontage unserer Wirtschaft. Von der Substanz allein kann keine Volkswirtschaft dauerhaft überleben.

Wir investieren zu wenig, wenn es gut läuft. Und wir investieren noch weniger, wenn es schlecht läuft. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt investiert Deutschland im EU-Vergleich immer noch und seit Jahren unterdurchschnittlich in seine Substanz. Das kann nicht funktionieren.

Ich sage: Es ist Aufgabe der Politik, Schaden von künftigen Generationen fernzuhalten. Fehlende Investitionen von heute sind die Schulden von morgen zu Wucherzins. Wir müssen den Schaden von unseren Kindern und Enkelkindern abwenden. Die heutige Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse. Auf diesem Weg können wir die seit der Jahrtausendwende aufgebauten und vielfach dokumentierten Defizite im Bildungswesen, in der Kinderbetreuung oder in der Pflege genauso wenig auflösen wie die Defizite in Verkehrsinfrastruktur oder beim Glasfaser-Ausbau.

Und so kommen wir auch nicht aus der Konjunktur- und Strukturkrise. Sparen und zu wenig investieren treibt uns vielmehr weiter in die wirtschaftliche Krise und beraubt Deutschland endgültig seiner Stärken im Standort-Wettbewerb.

Genauso klar ist auch, dass Lohnverzicht keine Perspektive ist. Denn ein paar Euro mehr Lohn entscheiden nicht darüber, ob wir beispielsweise im Wettbewerb mit China erfolgreich sind oder nicht. Wir brauchen vielmehr die Voraussetzungen für Technologieführerschaft und eine resilientere Wirtschaft: Bildung und Wissenschaft, Ansiedlung und Förderung von Zukunftstechnologien und eine gelungene Energiewende ist das, was wir stark machen müssen.

Als DGB fordern wir von einer neuen Bundesregierung eine nüchterne Zwischenbilanz der bisherigen Klima- und Transformationspolitik. In der gegenwärtig kritischen Phase des Umbaus und der Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft brauchen wir pragmatische Zwischenschritte auf dem Weg zur Dekarbonisierung. Für das ohne Zweifel notwendige Ziel der Klimaneutralität brauchen wir die soziale Akzeptanz der Menschen, gute Arbeitsplätze und temporäre Brücken für die Machbarkeit beim Erreichen dieses Ziels.

Insbesondere unsere Industriestandorte brauchen daher schnell wettbewerbsfähige Energiepreise, gut ausgebildete Fachkräfte und innovationsstützende Förderung. CO<sub>2</sub>-Preissignale allein wirken ohne ausreichende öffentliche Investitionen nicht erneuernd, sondern wie ein Ablasshandel. Die richtige Reihenfolge wäre: erst investieren, dann Preise erhöhen. Der Ausbau neuer Infrastruktur muss immer einen Schritt schneller erfolgen als geforderte Umstellungen.

Hohe Investitionsunsicherheit entsteht außerdem durch ungeklärte oder nicht abgeschlossene Planungs- und Genehmigungsprozesse. Beste Beispiele dafür sind die unvollendete Kraftwerksstrategie, der über Jahrzehnte verschleppte Ausbau der Stromtrassen oder die dogmatische Ablehnung von Übergangslösungen, wie dem CCS oder bei der Wasserstoff-Farbenlehre. Auch mehr Personal im öffentlichen Dienst würde im Übrigen helfen, Anträge zeitnah bearbeiten zu können.

Zusammengefasst: wir brauchen mehr Pragmatismus und eine geordnete Schrittfolge auf dem Weg der Dekarbonisierung, eben um mehr Verlässlichkeit und Planungssicherheit für Unternehmen wie auch Verbraucher\*innen zu erreichen. Aber auch, um das Ziel der Klimaneutralität nicht zu gefährden, indem wir uns selbst im Weg stehen.

Was wir jetzt brauchen, sind Entscheidungen der Politik für eine Rückkehr zu einem nachhaltigen Wachstumspfad. Die neue Bundesregierung muss im Eiltempo eine Investitionsoffensive starten – nicht als Ersatz für fehlende Privatinvestitionen. Vielmehr muss durch eine verlässliche und hochmoderne Infrastruktur der Standort und damit Privatinvestitionen wieder attraktiver gemacht werden.

Unternehmen sollten aber auch mit zeitlich begrenzten Investitionsprämien zur Modernisierung des industriellen Kerns und in ihren Großprojekten zur Transformation unterstützt werden. Dabei gilt für uns der Grundsatz: Keine Leistung ohne Gegenleistung. Wir erwarten, dass die solcherart begünstigten Unternehmen sich zur Beschäftigungssicherung und Tariftreue verpflichten. Eine verschwenderische

Subventionierung der Unternehmen mit der Gießkanne durch eine allgemeine Senkung der Unternehmenssteuern lehnen wir strikt ab.

Für die energieintensive Industrie sind verlässliche und wettbewerbsfähige Energiepreise eine Überlebensfrage. Bis mindestens 2032 brauchen wir jetzt eine belastbare Brücke in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien – planbar und wettbewerbsfähig.

In ein Sofortprogramm der neuen Bundesregierung gehören zudem zusätzliche Impulse, die den Leitmarkt der Automobilindustrie stabilisieren. Auch durch Kaufprämien für E-Autos, inklusive gewerblich genutzter Fahrzeuge, wobei eine überwiegende Wertschöpfung innerhalb der EU sichergestellt werden muss. Es hilft nicht, in Deutschland hochsubventionierte E-Autos aus China zu fördern, während China den Marktzugang für deutsche Unternehmen erschwert. Hinzukommen muss der längst überfällige Ausbau der Ladeinfrastruktur und Preistransparenz beim Ladestrom für die Verbraucher\*innen.

Meine Damen und Herren,

Alle reden von „mehr netto vom brutto“ – wir auch! Sozialversicherungsbeiträge zu deckeln, Leistungen aus den Versicherungssystemen herauszunehmen spart allerdings nur den Arbeitgebern Geld. Für die Beschäftigten heißt es Sparen an ihrer sozialen Absicherung oder sogar Draufzahlen für bisherige Versicherungsleistungen.

Wer wirklich will, dass bei den Beschäftigten mehr im Portemonnaie bleibt, der sollte dafür sorgen, dass es wieder einen angemessenen Mindestlohn gibt, mehr Kindergeld, eine Dämpfung der kalten Progression, bezahlbaren Wohnraum und niedrigere Energiekosten. Nicht weniger Sozialstaat, sondern mehr soziale Gerechtigkeit brauchen wir in diesem Land – auch für eine gute inländische Kaufkraft.

Parolen im Sinnen von „zu teuer, zu faul, zu krank“ - das ist wohl kaum ein Angebot an die Beschäftigten dieses Landes. Wer die Beschäftigten an seiner Seite wissen will, ist gut beraten die wirklichen Ursachen unserer Probleme anzugehen: Gemeinsam mit der Wirtschaft Pfade für Zukunftstechnologien auszubauen und endlich die verschleppten Investitionsdefizite aufzuarbeiten. Ohne eine Reform der Schuldenbremse, ohne eine Goldene Regel in der Schuldenbremse wird das kaum gelingen. Da können die Beschäftigten noch so sehr auf Lohn und soziale Absicherung verzichten.

Was wir vielmehr brauchen, sind hochqualifizierte Fachkräfte, zuverlässige Energieversorgung, innovative Forschung im Verbund mit der Wirtschaft und eine krisenfeste Binnennachfrage durch faire Löhne und soziale Absicherungen. Damit wurden wir zu einer der größten Volkswirtschaften der Welt. Das ist nach wie vor der richtige Weg in eine gute Zukunft.

Und zur Sicherung stabiler und fairer Löhne brauchen wir in diesem Land endlich eine Tarifwende. Mit dem vom jetzigen Kabinett noch vorgelegten Entwurf für ein Bundestariftreuegesetz kann und muss die neue Regierung dazu schnell ein klares Zeichen setzen.

Das alles ist auch die Basis, auf der unsere Kampagne zur Bundestagswahl aufgebaut ist. Sie steht unter dem Motto: Mach Dich stark mit uns! Gute Arbeit, soziale Sicherheit und wirtschaftliche Stärke. Wir appellieren an Wählerinnen und Wähler, genau aufzupassen, welche der Parteien wirklich ihre Interessen vertreten. Und welche Parteien die Probleme der Gegenwart mit den alten Parolen von gestern lösen wollen und die sozialen Spannungen erhöhen.

Jede Stimme zählt und viele Stimmen sind unüberhörbar!